

## **Stellungnahme des PiA-Politik-Treffens**

Für die mündliche Anhörung im Bundesministerium für Gesundheit  
am 4.2.2019, 11:00 Raum IX 01001

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Algernissen, sehr geehrte Frau Wald,

mein Name ist Katharina Simons. Ich bedanke mich für die Einladung für heute und möchte für das PiA-Politik-Treffen zum Referentenentwurf Stellung nehmen. Wir sind ein Zusammenschluss von vielen psychotherapeutischen Verbänden, sowie Studierenden und verdi. Unser Ziel ist, die Ausbildungsbedingungen von Psychotherapeuten zu verbessern.

Unsere Stellungnahme enthält sechs Themen. Wir äußern uns zur Länge des Übergangs, zu Zugangsmöglichkeiten für Berufstätige oder Menschen mit mittelmäßiger Abiturnote, zur Verfahrensvielfalt, und zu dem aus unserer Sicht unnötigen Psychopharmakologie-Modellstudiengang.

Am wichtigsten ist uns jedoch Verbesserung der prekären Ausbildungsbedingungen von Psychotherapeuten, die auf den mangelnden sozialrechtlichen Status und die mangelnde Vergütung von PiA während der Praktischen Tätigkeit, zurückgehen. Dieses Problem ist aus unserer Sicht der Grund, der die aktuelle Reform so notwendig macht.

Seit 20 Jahren schon ist es erlaubt, voll ausgebildete Pädagog\*innen und Psycholog\*innen im Rahmen der Ausbildung unentgeltlich zu beschäftigen. Betroffen sind vor allem PiA in Ballungsgebieten. Das Problem ist Ihnen allen bekannt. Trotzdem möchte ich die Konsequenzen hervorheben: Der Lebensunterhalt kann häufig während der Ausbildung nicht erwirtschaftet werden, die Ausbildungskosten von Theorie, Supervision und Selbsterfahrung müssen zusätzlich beglichen werden, und ein Anspruch auf Dinge, die für die meisten hier selbstverständlich erscheinen, besteht nicht: ein Anspruch auf Arbeitslosen- und Rentenversicherung, auf Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sprich: Die Ausbildungsteilnehmenden leiden Not, sie verschulden sich. Und fachlich gesehen wird ein Arbeiten auf Augenhöhe unter

den verschiedenen Berufsgruppen auf Station, wie zwischen Ärzten und Psychotherapeuten, untergraben.

Daher begrüßen wir den vorgelegten Gesetzesentwurf. Er spricht diesen Missstand an, indem er den Status der Ausbildungsteilnehmenden klärt. Studierende und zukünftige Psychotherapeuten in Weiterbildung werden sozialrechtlich abgesichert sein.

Bedenklich finden wir jedoch zwei Dinge:

1. PiA, die nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch im alten System ihre Ausbildung absolvieren, werden dies weiterhin unter den bekannten prekären Bedingungen machen müssen, noch mindestens 12 Jahre. Das ergibt schätzungsweise 20 000 weitere Psychotherapeuten in Ausbeutung. Wir wünschen uns Regelungen, die diese PiA mit den zukünftigen Psychotherapeuten in Weiterbildung gleichstellen, Regelungen, die ein Recht auf Vergütung während der Praktischen Tätigkeit festschreiben.

Zweitens wird während der Weiterbildung wieder eine finanziell prekäre Zeit entstehen, da der Lebensunterhalt durch das Ableisten der erforderlichen ambulanten Therapiestunden nicht angemessen erwirtschaftet werden kann, auch weil alle Weiterbildungsanteile von Theorie, Supervision und Selbsterfahrung weiterhin privat beglichen werden sollen. Hier bedarf es, um wirklich faire Weiterbildungsbedingungen zu schaffen, dringend einer zusätzlichen Finanzierung.

Wir bitten das Bundesministerium darum, die Chance zu ergreifen, mithilfe dieses Gesetzes die praktische Not der PiA endlich aufzuheben! Stellen Sie jetzt die Weichen, um diesen Beruf für Menschen aus allen sozialen Schichten zugänglich zu machen. Geben Sie ihre Unterstützung für diejenigen, die jung sind und dabei sind, ihre Existenz aufzubauen.

Wir finden: 20 Jahre Rechtlosigkeit und Ausbeutung von PiA sind genug. Bitte setzen Sie alles in Bewegung, damit ab Inkrafttreten des Gesetzes diese Ausbildung ohne sozialrechtliche und finanzielle Not absolviert werden kann.

Vielen Dank.